

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 104

Teilung anerkannt, Einheit passé?

Status-quo-oppositionelle Kräfte in
der Bundesrepublik Deutschland vom
Grundlagenvertrag bis zur Friedlichen Revolution

Von

Lutz Haarmann



Duncker & Humblot · Berlin

LUTZ HAARMANN

Teilung anerkannt, Einheit passé?

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 104

Teilung anerkannt, Einheit passé?

Status-quo-oppositionelle Kräfte in
der Bundesrepublik Deutschland vom
Grundlagenvertrag bis zur Friedlichen Revolution

Von

Lutz Haarmann

Mit Geleitworten von
Rainer Eckert, Stephan Hilsberg
und Detlef Kühn



Duncker & Humblot · Berlin

Die Philosophische Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
hat diese Arbeit im Wintersemester 2012/2013
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2013 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0935-5774
ISBN 978-3-428-14140-1 (Print)
ISBN 978-3-428-54140-9 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84140-0 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Geleitwort: Einheit und Freiheit der Deutschen

Sobald im 19. Jahrhundert die Sprache darauf kam, was denn nun wirklich der Deutschen Vaterland wäre, ging es immer auch um die Einheit der Nation und ihre Freiheit. Zumindest im linksliberalen Milieu herrschte schnell Einigkeit, dass die Zukunft Deutschlands sowohl diese Einheit als auch die Freiheit bringen würde. Nach dem Krieg von 1870/71 konnte schließlich die Einheit erreicht werden, allerdings nur in ihrer „kleindeutschen“ Variante und unter preußischer Hegemonie. Die politische Freiheit garantierte dann erst die Weimarer Republik in der kurzen Zeit ihrer immer wieder gefährdeten Existenz. In den Jahren der nationalsozialistischen Barbarei schien die Freiheit schließlich für immer verloren zu sein. Nach dem Sieg der Alliierten über das „Dritte Reich“ am Ende eines grauenvollen von Deutschen begonnenen rassenideologischen Vernichtungskriegs sowie dem Zivilisationsbruch von Holocaust und Völkermord war Deutschland sowohl besiegt als auch befreit. Nach dem Verlust der deutschen Gebiete im Osten stellte sich zwischen Oder und Rhein die Frage nach Einheit und Freiheit erneut.

Die Antworten darauf konnten unterschiedlicher nicht sein. In den westlichen Besatzungszonen bekamen die Menschen die Demokratie geschenkt und machten sie sich schnell in ihrer übergroßen Mehrheit zu eigen. In der sowjetischen Besatzungszone installierte Moskau mit Unterstützung deutscher Kommunisten eine stalinistische Diktatur, die ganz wesentlich auf politischer Repression und Unfreiheit beruhte. Damit wurden die Hoffnungen auf eine künftige Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten immer unrealistischer. Im Osten betonte die Führung der totalitären Staatspartei SED lange ihren angeblichen Willen zur Einheit, allerdings unter ihren Bedingungen. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 änderte sich dies und die kommunistischen Nomenklaturkader ließen eine eigenständige „sozialistische Nation“ als das Staatsvolk der DDR erfinden und von parteihörigen Wissenschaftlern „theoretisch fundieren“.

Für die Bürgerbewegung der 1970er und 1980er in der SED-Diktatur war prägend, dass sie eine demokratische DDR aufbauen und deshalb die kommunistischen Machtstrukturen reformieren wollte. Im Zentrum dieses Kampfes stand die ersehnte Freiheit; viele akzeptierten dabei die Teilung Deutschlands als „Strafe für Auschwitz“. Bei den Reformhoffnungen der

Mehrheit der Bürgerrechtler war die Bundesrepublik nicht das erstrebte Vorbild. Anders dachte die Mehrheit der Ostdeutschen, die immer auf die Bundesrepublik fixiert blieb. Aber vereinzelt thematisierten auch ostdeutsche Oppositionelle die „Deutsche Frage“. Robert Havemann und Rainer Eppelmann fragten nach dem Weg zur nationalen Einheit; andere, wie Edelbert Richter, vertraten das Konzept eines neutralen, konföderierten Deutschlands. Am klarsten formulierte die Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ 1986 und 1987 die Perspektive der deutschen Einheit. Trotzdem schien dies bis zum revolutionären Herbst 1989 ein Traum zu bleiben.

In der Bundesrepublik war der Auftrag, die deutsche Einheit herzustellen im Grundgesetz verankert und durch das Bundesverfassungsgericht 1973 bestätigt worden. Trotzdem erschien vielen bundesdeutschen Politikern nach dem Mauerbau und verstärkt ab Anfang der 1970er Jahre mit dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag 1972 die Einheit in weite Ferne gerückt. Es ging jetzt um „Realpolitik“, um Entspannung zwischen den Blöcken des Kalten Krieges und um alltägliche Erleichterungen für das Miteinander der Menschen in einem gespaltenen Land. Dieser Wandel vollzog sich auch angesichts einer Mehrheit der Westdeutschen, die passiv eine deutsche Einheit befürworteten, ihren Blick aber immer mehr nach Westen lenkten und so die DDR als „normales Ausland“ empfanden.

Diese Situation führt zu der Frage, ob es auch politisch relevante Gruppen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik gab, die sich diesem Trend widersetzten. Und hier setzt Lutz Haarmann mit einer überzeugenden, gut recherchierten und lesbaren Analyse ein. Ausgehend davon, dass für die Mehrheit der „politischen Klasse“ die Wiedervereinigung Deutschlands auf absehbare Zeit ausgeschlossen war, gelingt es ihm, in verschiedenen politischen Milieus Gruppen auszumachen, die den Gedanken an die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hochhielten. Zu diesen „status-quo-oppositionellen“ Gruppen gehörten die „Gesellschaft für Deutschlandforschung“, der „Arbeitskreis ehemaliger DDR-Akademiker“, die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)“, der sozialdemokratische „Kurt-Schumacher-Kreis“, das Wirken des Liberalen Detlef Kühn sowie „grüne“ Anhänger der Wiedervereinigung im „Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion“ um Rolf Stolz. Die Angehörigen dieser Gruppen beharrten auf ihrer Hoffnung auf eine Wiedervereinigung bis zur Friedlichen Revolution von 1989. Dabei mussten sie in Kauf nehmen, dass sie in eine Außenseiterposition gedrängt und mit dem Vorwurf konfrontiert wurden, sie seien „ewig Gestrige“ und gefährdeten Frieden bzw. Entspannung. Die SED-Führung setzte darüber hinaus ihre Geheimpolizei Staatssicherheit ein, um diese Gegner ihrer Politik zu diffamieren, zu isolieren und zu „zerset-

zen“. Die an Parteien gebundenen Befürworter der Wiedervereinigung wurden auch dort oft isoliert oder verließen resigniert ihre politische Heimat.

Haarmann kommt in seiner Analyse zu dem berechtigten Schluss, dass die sozialliberale Vertragspolitik und ihre Fortsetzung durch Bundeskanzler Helmut Kohl vermutlich die einzig durchsetzbare „operative Deutschlandpolitik“ war (Andreas Wirsching). Richtig ist darüber hinaus, dass die Entspannungspolitik letztlich die Diktatur in Ostdeutschland destabilisierte, da immer mehr Menschen – auch wegen der Aussicht, im „Notfall“ von der Bundesrepublik aus den DDR-Gefängnissen freigekauft zu werden – sich gegen das kommunistische System wandten. Dies war eine Voraussetzung für die Friedliche Revolution und ihren Sieg 1989/90, der den Weg zu Einheit und Freiheit in Deutschland frei machte. Und so ist es heute richtig und an der Zeit, an die Menschen zu erinnern, die sich nie mit der Spaltung unserer Nation abgefunden haben. Ihnen gebührt hohe Anerkennung und ein angemessener Platz in der Nationalgeschichte. Dazu hat Lutz Haarmann einen wichtigen Beitrag geleistet.

Rainer Eckert

Geleitwort: Ostdeutsche Reflexionen über westdeutsche Wiedervereinigungsbefürworter

Lutz Haarmann liefert mit seiner Dissertation einen Beitrag zur Geschichte des westdeutschen Festhaltens an der Wiedervereinigung, deren Vertreter sich in diesem Teil Deutschlands von ihrer ursprünglichen Mainstream-Position in den 50er Jahren zunehmend an den Rand der öffentlichen Debatte in den 80er Jahren gedrängt sahen. Diese Arbeit scheint mir ein Teil der überfälligen Neubewertung der Rezeptionsgeschichte der deutschen Teilung und ihrer Lösung zu sein. In den USA gibt es zu dieser Frage inzwischen ganz andere Beiträge als hierzulande. Jenseits des Atlantiks ist die deutsche Teilung der Schlüssel für die Entstehung des Kalten Krieges und logischerweise ihre Überwindung zu dessen Ende. In der deutschen Geschichtsdebatte sind indes noch immer zu sehr die Denkmuster der 80er Jahre zu spüren, wie unlängst bei den Reden zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 wieder zu merken war.

Der Autor dieser Dissertation hat mich gebeten, als Vorwort einen Beitrag zu einer ostdeutschen Sicht auf die Wiedervereinigungsbefürworter zu schreiben. Solch ein Beitrag kann gar nicht anders als subjektiv sein, soll sich aber nicht auf die Beschreibung eigener Befindlichkeiten beschränken. Das heißt „subjektiv“ ja auch gar nicht. Vielmehr bedeutet Subjektivität das Sich-Einlassen auf die eigenen Reflexionen, eigenen Eindrücke, eigenen Empfindungen, wie sie im Laufe der eigenen Erlebnis-, Bildungs- und Kommunikationsgeschichte entstanden sind und sich darin entwickelt haben. Und so kann ich auch gar nicht nur wiedergeben, was ich zur Zeit der Teilung über sie als Ostdeutscher, zwangsweise DDR-Bürger, gedacht und erlebt habe, zumal die Sicht darauf sich im Laufe der beiden zurückliegenden Jahrzehnte selbstverständlich verändert hat.

Meine These zum Verständnis der Überwindung der deutschen Teilung lautet, dass den Ostdeutschen die Lösung der Deutschen Frage vorbehalten war. Die wesentliche Schwäche der westdeutschen Einigungsbefürworter war ihre Ratlosigkeit in Bezug auf ein Konzept zur Überwindung der deutschen Teilung aus westdeutscher Handlungsperspektive. Heute sieht es so aus, als hätten die Einigungsbefürworter Recht gehabt, und in der Tat, die historische Entwicklung gibt ihnen selbstverständlich Recht. Doch das ändert nichts an ihrer vorherigen Ratlosigkeit.

Ich muss zugeben, dass ich in dieser Frage auch als Ostdeutscher bis in die 80er Jahre lange selber ziemlich ratlos war. Subjektiv hielt ich die deutsche Einheit für ein Thema von gestern, wunderte mich aber über ihre faktische Substanz in geheimen Hinterzimmern ostdeutscher Seelen, denen ich mich gleichwohl verwandt fühlte. Sei es der sehnsuchtsvolle Blick eines Kollegen in den frühen Morgenstunden am Ende einer Nachtschicht in den Westen Berlins, damals vielleicht 500 m von uns entfernt, sein Blick nach „zu uns drüben“. Sei es die existenzielle Aufgabe der DDR, die jeder Ausreisestellsteller in die BRD vollzog. Oder sei es das Wissen um die Parolen des 17. Juni, die so schnell in der Forderung nach Wiedervereinigung gipfelten. Diese Beobachtungen machten deutlich, dass mit der deutschen Einheit mehr als nur Denkverbote und Verdrängungen verbunden waren. Und natürlich spürte man die Angst der Kommunisten in der DDR vor einem Wiedervereinigungswunsch der Ostdeutschen, warum denn sonst wurde sie so hart geschmäht, und mit Verdikten wie Revanchismus, Kalter Krieg etc. versehen? Selbst harmlose Scherze mit dem 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ waren geeignet, einen als Ostdeutschen gegenüber seinen Chefs, bei der Armee gegenüber den Offizieren in eine arge Bredouille zu bringen.

Mit Reagan und Gorbatschow wurden diese seelischen Hinterzimmer etwas gelüftet, und es trauten sich mehr Landsleute, wie ich es erinnere, selbst an die deutsche Einheit zu erinnern. Plötzlich tauchte die Perspektive auf, dass Gorbatschow tatsächlich die Mauer aufmachen könnte, wie Reagan es von ihm verlangt hatte.

Szenenwechsel. Ich weiß noch, wie ich bei meiner ersten Westreise, das war 1986, verwundert durch das glitzernde Westberlin spazierte, allein, und mir den Kopf zermarterte über das, was ich hier empfand. Dieses Westberlin war Berlin, es war mein Berlin, wie das Ostberlin auch. Es war ein Teil jenes Deutschlands, das genauso zu mir gehörte, in gewissem Sinne mir gehörte, wie meine Heimat im Osten auch. Natürlich lag die Teilungsgeschichte dazwischen. Aber das ändert ja nichts an meinem Zugehörigkeitsgefühl. Und damals wusste ich nichts vom Artikel 23 im Grundgesetz, sicher etwas von seinem Wiedervereinigungsgebot, und der Forderung, Berlin zur Hauptstadt des einst wiedervereinigten Deutschlands zu machen. Doch das schienen Worthülsen zu sein, Phrasen, denen ich keine Bedeutung schenkte, genauso wenig, wie dem hohlen Pathos vieler Reden zum 17. Juni im Bundestag. Es war die Geschichte, die mich zu diesem Westberlin und später Westdeutschland zugehörig fühlen ließ. Aber es bedurfte erst des persönlichen Erlebens dieser West-Realität, bevor aus dem abstrakten Wissen gemeinsamer Geschichte ein substantielles, ein reales spürbares Gefühl wurde. Vielleicht war es ja das Vorenthalten der westlichen Realität durch Abschottung und Mauerbau, welches das Gefühl für die Einheit der deutschen Nation zum Verschwinden brachte.

Mir fielen damals wieder meine Träume ein, die ich als sechs- und siebenjähriges Kind im zuvor durch den Mauerbau geteilten Berlin nachts träumte. Da sah ich mich nämlich in der U-Bahn sitzen, die – wie noch vor dem Mauerbau – zu unseren West-Verwandten nach Zehlendorf fuhr (wohin sie übrigens gar nicht fährt). Diese Träume hörten nach zwei Jahren auf. Und adäquat verlief mein Gewöhnungsprozeß an die Mauer. Die Wiederkehr des Wissens um die Gemeinsamkeiten mit dem westlichen Teil Deutschlands erfolgte bei mir mit meinen Westreisen in den 80er Jahren, ein Erfolg westdeutscher Politik, den ich gar nicht hoch genug loben kann. Und so begann mein geistiger Prozess der intellektuellen Wiederaneignung der Deutschen Frage, die ich so lange ausgeblendet hatte.

Ich hatte damals keinen Kontakt mit Westdeutschen, die die Wiedervereinigung thematisierten. Und ich hätte sie wohl etwas belächelt. Doch als mir klar wurde, das war 1988, dass die Wiedervereinigung kommt, da hatte ich eine Begegnung, die mir westdeutsche Denkverbote zeigte, wie ich sie eigentlich nur bei unseren Kommunisten kannte. Denn in einem Gespräch mit Westberliner Gewerkschaftern, in welchem ich meine Erwartung eines Zusammenbruchs der DDR und einer anschließenden Wiedervereinigung äußerte, die so oder so unausweichlich sei, wurde ich als Revanchist bezeichnet, von einem Westberliner Gewerkschafter (sic!). Schlimmer noch als blind geboren zu sein, ist es, sich selber zu blenden. Nichts anderes tat dieser wackere Kämpfer für den Weltfrieden.

Doch dies alles ist nur die Hälfte der Geschichte, die ich an dieser Stelle zu erzählen habe. Reflexionen bleiben bekanntlich nicht stehen, einmal angefangen, können sie nicht mehr aufhören.

Meine Erlebnisse von damals waren erst der Anfang der Betrachtungen über die deutsche Einheit, rechtzeitig allerdings begonnen für mein politisches Engagement als erster Sprecher der neugegründeten sozialdemokratischen Partei in der DDR. Die friedliche Revolution in der DDR, der schnelle Zusammenbruch der SED-Herrschaft, der Ruf nach der deutschen Einheit in Leipzig und den anderen Städten in der DDR, traf den westdeutschen Politiker-Mainstream auf dem falschen Fuß. Niemand hatte damit gerechnet. 1989 schuf neue Tatsachen. Diese zur Kenntnis zu nehmen, war die eine Seite. Sie zu verarbeiten, eine andere.

Ich kann ja verstehen, welchem Druck sich die Einheitsbefürworter im Westen Deutschlands angesichts der Anerkennungsrhetorik für die DDR ausgesetzt sahen. Hier war etwas passiert, unter dem wir alle zu leiden hatten, und an dem wir noch immer leiden. Es sind die Denkverbote und Irrwege unter alliierterm Vorbehalt.

Der Zweite Weltkrieg hatte zwei Lager sich verbünden lassen, die unterschiedlicher nicht sein konnten, die aber mit dem Krieg gegen den deut-

schen Nationalsozialismus ein gemeinsames Anliegen verband. Die Unterschiede waren verschmerzbar, solange es Hitler zu besiegen galt, sie brachen auf, als dessen Ende nahte. Der Kampf um die Einflussosphären in der Nachkriegsperiode setzte schon in den letzten Kriegsjahren ein und er führte unmittelbar zur deutschen und Berliner Teilung. Der Kampf der beiden Lager war ein Kampf um Deutschland. Keines der beiden Lager konnte seinen Anspruch auf Deutschland preisgeben. Und ein Krieg zur Lösung dieses Machtkampfes kam wegen der neuartigen Atomwaffen aus Gründen der Selbsterhaltung und der Erhaltung der menschlichen Art nicht in Frage. So erstarrte der Konflikt am Eisernen Vorhang und schließlich an der Berliner Mauer.

Deutschland war nicht souverän in diesen Jahren seiner Teilung. Die alliierten Vorbehaltsrechte bedeuteten die Fortsetzung von Besatzungsrecht. Niemals hätten die Amerikaner die deutsche Einheit erlaubt, wenn diese die Ausdehnung des kommunistischen Einflussbereiches bedeutet hätte. Und niemals hätte die SU die deutsche Einheit erlaubt, wenn sie westlich gewesen wäre. Und so konnten die Deutschen völkerrechtlich nicht über ihre Zukunft entscheiden. Und daran hielten sie sich, bis auf zwei Ausnahmen: die eine war der 17. Juni 1953, und die andere die friedliche Revolution 1989. Im Unterschied zu 53 war die SU so schwach geworden, dass es nicht mehr in ihrem Interesse lag, und wohl auch nicht mehr in ihren Möglichkeiten, ihren Einflussbereich in Mitteleuropa aufrecht zu erhalten. Dazwischen gab es die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition, die bereits in der großen Koalition Kiesinger/Brandt ansatzweise erkennbar wurde und von der Kohl/Genscher-Regierung fortgesetzt wurde. Doch die Entspannungspolitik veränderte nichts an der Teilung, das wollte und konnte sie auch gar nicht, sie versuchte die Teilung irgendwie erträglicher, „humaner“ zu machen, ein historisches Paradoxon.

An ein Ende des Kalten Krieges dachte offenbar niemand. Wohl aber begannen, bezeichnenderweise nach dem Mauerbau, die verschiedensten Theorien über die Bedeutung und Zukunft der deutschen Teilung ins Kraut zu schießen. Sie alle ließen die alliierten Vorbehaltsrechte außer Acht. Mancher in Deutschland versuchte aus der Not eine Tugend zu machen, versuchte der Teilung einen Sinn zu geben, manchmal einen theologischen („Die Teilung bedeutet das Abtragen deutscher Schuld“), manchmal einen postnationalen („Deutschland hat den Nationalstaat überwunden.“). Man versuchte sich zu arrangieren, man verklärte die kommunistische Herrschaft, man suchte nach neuen Perspektiven in Ost und West, die heute manchmal lächerlich wirken. Wer denkt noch gerne an den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, an die religiös verklärten Vorstellungen der ostdeutschen Opposition? Wer gesteht sich noch ein, dass die Suche nach einem gemeinsamen „Haus Europa“ ohne die Amerikaner blanke Utopie war, uneinlösbar,

und völlig unrealistisch? Es waren nicht nur Sozialdemokraten, die Salzgit-ter abschaffen oder die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen wollten.

Es war offenbar schwer auszuhalten, dass die deutsche Einheit nur mit der Lösung des Kalten Krieges gemeinsam machbar war, dass sie sich gegenseitig bedingten. Und dass das eigentlich bedeutete, dass die deutsche Einheit nur dann machbar war, wenn die Kommunisten in der DDR abdankten, erschien genauso wenig vorstellbar.

Folgerichtig geriet der Traum von der Wiedervereinigung in die Hinterzimmer der ostdeutschen Seelen und galt zunehmend auch im Westen als Zeichen unverbesserlicher Politiker, die geistig den 50er Jahren verhaftet blieben. Und je stärker sich der westdeutsche Mainstream von der deutschen Einheit verabschiedete, desto mehr Hoffnung auf eine bessere Zukunft erlosch in der DDR. Denn hier glaubten die Massen nicht an den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Und wäre er gekommen, wären jemals hier freie Wahlen von einer noch-immer-SED abgehalten worden, sie wäre weg vom Fenster gewesen.

In den 50er Jahren gab es in der DDR noch etliche Widerstandsgruppen, die offen für eine Demokratisierung der DDR und die deutsche Einheit eintraten. Sie bezahlten einen hohen Blutzoll für ihre aktiv gelebten Überzeugungen. Nach dem Mauerbau hörte das alles auf. Der Kalte Krieg hatte eine neue Schlacht geschlagen. An deren Ende erschien er verfestigter denn je. Eine Lösung nicht in Sicht. All dies sah die Entspannungspolitik als die Ultima Ratio in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten. Und so unterstützten selbstverständlich auch viele Anhänger der Wiedervereinigung diese Entspannungspolitik. Gab es denn eine Alternative?

Dieses Einrichten auf die Realität der Teilung und des kommunistischen Regimes erzeugte Denkverbote und Traumata ganz eigener Art. Jeder, der in Ostdeutschland mögliche Veränderungen des Status quo der beiden deutschen Staaten thematisierte, der sich gar für ein Zusammengehen beider deutscher Staaten aussprach, dachte das entweder unter kommunistischen Vorzeichen, das war undiskutabel, oder er dachte es frei, dann war er ein Revanchist, Kalter Krieger und Kriegstreiber für die SED. Dann stellte er die Stabilität des ach so fragilen Gebildes des europäischen Friedens mit den Atommächten auf beiden Seiten in Frage. Das war die politische Grundlage, die Illusionen über die Zukunft Deutschlands ins Kraut schießen ließen. Illusionen, Denkverbote, Tabus, Verdrängungen, unterdrückte Schmerzen waren die politische Realität in Ostdeutschland jener Jahre. Der Traum von der deutschen Einheit traumatisierte sich. Und in Westdeutschland? Es war hier nicht viel anders. Und es waren nicht einfach die Medien, wie Hubertus Knabe schreibt, die in Westdeutschland für eine Abkehr von der Wiedervereinigungsrhetorik verantwortlich zu machen waren. Es war

allgemeine Ratlosigkeit, in Wirklichkeit Zeichen intellektuellen Mangels. Das mag arrogant klingen, wenn ich das heute so schreibe. Aber Karl Jaspers durchschaute, als er 1959 die Frage nach dem Wert der deutschen Einheit stellte, die Verbindung von Kaltem Krieg und Deutscher Frage eben nicht, sonst hätte er die Frage anders stellen können. Etwa, was bedeutet das Recht auf Selbstbestimmung in Zeiten atomarer Konflikte für ein geteiltes Land wie Deutschland?

Und doch hatte Westdeutschland auch Politiker, die mit untrüglicher Sicherheit die Realität Deutschlands empfanden, zumindest habe ich den Satz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin kurz nach Mauerbau: „Die Mauer steht gegen den Strom der Geschichte!“, immer so empfunden. Doch gerade in Berlin geriet dieser Satz immer mehr in Vergessenheit. Die Deutschen vergaßen, was sie wussten. Psychologisch gesehen war für sie die friedliche Revolution 1989 eine Wiederbelebung alten Wissens. Es wäre gut um Deutschland bestellt, wenn sie sich das eingestehen würden.

Dabei ist die Deutschlandpolitik der Westdeutschen keinesfalls eine Aneinanderreihung von Irrtümern. Es gelang ihr, die Deutschen im Gespräch miteinander zu halten. Der Gipfel der Entspannungspolitik, der KSZE-Prozess, löste mit dem verbindlichen Bekenntnis zu den Menschenrechten einen schleichenden Auflösungsprozess im kommunistischen Lager aus. Und bei Lichte betrachtet, waren die inneren Verflechtungen der beiden deutschen Staaten und ihrer Gesellschaften so dicht, wie zwischen keinen anderen Staaten, so dass man heute die Teilung nicht nur als Teilung begreifen kann, sondern als Bruch.

Sicher, in dieser deutschen Teilungsgeschichte hatten die Ostdeutschen den weitaus schlechteren Teil getroffen. Die Westdeutschen hatten ihre offene Gesellschaft, hatten Individualisierung, öffentliche Meinung, Debatte, Demokratie, Freiheit, Entwicklung. Das alles gab es in der DDR nur in Rudimenten. Folgerichtig war die Tristesse hier mit Händen zu greifen. Die Ratlosigkeit, die kommunistische Unterdrückung, das totalitäre System der SED-Diktatur waren an sich schon schwer auszuhalten. Die Fluchtbewegung war ihr Symptom. Die eigenen Gefühle mussten so unterdrückt werden, dass die DDR-Bürger mir manchmal als gefühllos, unfähig zur Empathie erschienen.

Erstaunlich, dass sich hier einige Menschen fanden, die an eine Zukunft glaubten und sich mit ihrem Leben dafür einsetzten. Es ist hier nicht der Platz, deren Entwicklungen zu schildern. Doch sie führten schließlich dazu, dass die Ostdeutschen den Schlüssel zur Überwindung ihrer eigenen Misere und der deutschen Teilung, der bekanntlich in Ostdeutschland selber lag, fanden und aufhoben. Den Satz „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ sagte ein westdeutscher Politiker, der es in diesem Moment nicht

mehr war, es vielleicht nie gewesen war. Das Schicksal meinte es nicht gut mit den Deutschen, solange sie geteilt waren. Doch mit der friedlichen Revolution wurden nicht nur hier lange unterdrückte Hoffnungen und Identitäten wieder lebendig, sondern auch die Schalter für das Heben des Eisernen Vorhangs in ganz Europa betätigt.

Ich frage mich immer, was die ungeheure Dynamik der friedlichen Revolution hin zu dem Ruf „Wir sind ein Volk“ bewirkt hat. Wahrscheinlich waren es die unterdrückten Potentiale, die Hoffnung auf Demokratie und auf Selbstbestimmung, die das bewirkten, und eine politische Konstellation, die den Menschen erlaubte, sich wieder zu sich selbst zu bekennen.

In den Jahren davor war es schwer gewesen und geworden, sich zu seiner Hoffnung auf eine Wiedervereinigung zu bekennen. Anfeindungen und Verunglimpfungen, im Osten nicht selten Knast, mussten ausgehalten werden. Und wenn es Lehren gibt, die daraus gezogen werden können, dann fallen mir zwei ein: an seinen Hoffnungen festhalten wie an sich selbst, und seinen Intellekt schärfen, um dem Zeitgeist widerstehen zu können und die Gelegenheiten des Handelns zu erkennen.

Stephan Hilsberg

Geleitwort

Es ist ja leider wahr: Die beiden Bundesregierungen der sozial-liberalen Ära und die Regierung Kohl-Genscher, sowie die sie tragenden Parteien CDU/CSU, SPD und FDP konnten sich in den 70er und 80er Jahren nicht entschließen, die Neue Ostpolitik, die 1969 eingeleitet wurde, durch eine operative, auf die staatliche Einheit Deutschlands ausgerichtete Politik zu ergänzen. Die jeweiligen Oppositionsparteien im Bundestag verzichteten ebenfalls darauf, in dieser Richtung politischen Druck auszuüben. Man begnügte sich mit einer Außen- und Deutschlandpolitik der „Entspannung“, die vor allem die Folgen der Teilung für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands erträglicher gestalten und im Übrigen den Weltfrieden sichern wollte. Dagegen war grundsätzlich nichts einzuwenden, zumal diese Politik auch Chancen bot, die Einheit der deutschen Nation trotz staatlicher Teilung zu wahren und zu stärken. Dennoch verbreitete sich in dieser Zeit im In- und Ausland der Eindruck, die Deutschen könnten sich dauerhaft mit der Teilung ihres Landes abfinden, zumal viele Angehörige der politischen Klasse in der Bundesrepublik öffentlich die Ansicht vertraten, eine Wiedervereinigung sei den europäischen Nachbarn nicht zuzumuten. Erst der Druck der Demonstranten auf den Straßen der DDR und die unverhohlene Drohung, die nach dem 9. November 1989 offenen Grenzen zur millionenfachen Abwanderung in den Westen zu nutzen, zwangen Politik und öffentliche Meinung im Westen zum Umdenken in der Wiedervereinigungsfrage. Das geschah im Dezember 1989, nicht früher!

Selbstverständlich gab es schon vor diesem Zeitpunkt, als die Schwäche der kommunistischen Systeme nicht mehr zu übersehen war, zahlreiche Menschen in Politik und Gesellschaft, die sich nicht mit der Teilung abfinden wollten, sondern beharrlich auf eine aktive, auf die staatliche Einheit ausgerichtete Politik drangen. Ihnen, ihrem Werdegang, ihren politischen Zielen und organisatorischen Möglichkeiten, sowie den Schwierigkeiten, denen sie in Ost und West begegneten, widmet Lutz Haarmann seine nunmehr im Druck vorliegende Dissertation. Er betritt damit Neuland. Die von ihm behandelten Organisationen und Einzelpersonlichkeiten sind bisher von der zeitgeschichtlichen Forschung allenfalls am Rande zur Kenntnis genommen worden. Sie haben allerdings dazu beigetragen, dass 1990 ein Meinungsklima im geteilten Deutschland herrschte, das eine zügige Wiedervereinigung ermöglichte.

Der Autor dieses Vorworts kennt viele der hier behandelten Akteure aus seiner eigenen beruflichen Arbeit. Über die Parteigrenzen hinweg einte sie das Bestreben, die Einheit Deutschlands nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir waren zwar eine Minderheit im Mainstream, wurden auch oft als Ewiggestrige verlacht oder gar als potentielle Kriegsbrandstifter diffamiert. Dennoch: Man kannte und unterstützte sich gegenseitig, so gut es ging. So lud der Bundesminister a.D. Johann Baptist Gradl als Vorsitzender der Exil-CDU der DDR den Präsidenten des Gesamtdeutschen Instituts und FDP-Mann Kühn zu einer Rede auf dem Parteitag seiner Organisation ein. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann bat mich im Dezember 1987, sein Buch „Einheit statt Raketen. Thesen zur Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept“, dessen Anliegen Bundeskanzler Kohl bereits als „blühenden Unsinn“ abqualifiziert hatte, der Öffentlichkeit vorzustellen, was uns beide in der Gunst des späteren „Kanzlers der Einheit“ nicht gerade steigen ließ. Ich selbst wies bei meinen öffentlichen Auftritten häufig auf das Buch von Peter Brandt und Herbert Ammon „Die Linke und die nationale Frage“ hin, das als Beleg dafür diente, dass auch Linke sich für den deutschen Nationalstaat einsetzten. Hermann von Berg, den ich persönlich nie getroffen habe, nahm 1988 ein Interview, das die „Kulturpolitische Korrespondenz“ mit mir geführt hatte, in seinen Sammelband „Gespräche über Deutschland“ auf. Ich habe das damals als Ausdruck seiner Wertschätzung für mein deutschlandpolitisches Engagement empfunden. Wolfgang Seiffert wurde von mir bald nach seiner Übersiedlung in den Westen in den Rednerdienst des Gesamtdeutschen Instituts aufgenommen und war ein sehr gefragter, häufig eingesetzter freier Mitarbeiter. Als die Bundesanstalt Ende 1991 aufgelöst wurde, hielt er bei der Abschiedsveranstaltung die Laudatio.

Wahrscheinlich hatten wir bei unseren Bemühungen in der schweigenden Mehrheit oft mehr Unterstützer als wir selbst annahmen. Menschen, die es sich nicht leisten konnten, sich selbst zu exponieren, zum Beispiel weil sie „politische“ Beamte waren, die sozusagen auf tägliche Kündigung arbeiteten, waren oft froh, dass andere das taten, und hielten im Stillen ihre schützende Hand über sie. Zu diesen zähle ich für meine Person für die Zeit der sozialliberalen Koalition im BMB den Ministerialdirektor Wolf-Eckhard Jaeger und dann unter der Regierung Kohl meinen Vorgänger im Amt des Präsidenten der BfgA, Ludwig Rehlinger, der als beamteter Staatssekretär einige Jahre unter dem Bundesminister Heinrich Windelen diente. Von Letzterem habe ich übrigens nie ein Wort der Kritik an meinen deutschlandpolitischen Auftritten und Meinungsäußerungen gehört, die im Bundeskanzleramt meist auf Ablehnung stießen.

Unter den grundgesetzkonformen Befürwortern einer operativen Wiedervereinigungspolitik hatte sich also ein durchaus tragfähiges Netzwerk entwickelt. Zwanglos traf man sich vor allem auf Veranstaltungen des Kurato-

riums Unteilbares Deutschland. Zu den linken und grünen Organisationen, die auch in dieser Studie behandelt werden, gab es dagegen – wenn überhaupt – deutlich weniger Kontakte. Dies lag nicht nur an einem teilweise prinzipiell, wie bei der KPD/ML, begründeten Misstrauen in deren Verfassungstreue, sondern vor allem an deren Abneigung gegen etablierte bürgerliche oder sonst staatstragende Kreise und Organisationen. Die Grünen wollten in den 80er Jahren als Fundamentalopposition wahrgenommen werden. Immerhin kann ich berichten, dass die Volksrepublik China, die seit 1972 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland unterhielt, sich durch die Maoisten in den K-Gruppen nicht abhalten ließ, schon Mitte der 70er Jahre Kontakt zum Gesamtdeutschen Institut aufzunehmen. Der damalige Leiter der Kulturabteilung der Botschaft in Bonn, Wang Putao, sprach mich nach einer Rede auf einer Veranstaltung des Beamtenbundes an, zeigte sich erfreut über mein Eintreten für die Wiedervereinigung Deutschlands und besuchte mich bereits am Tag darauf in meinem Büro. Daraus entwickelte sich eine dauerhafte Beziehung. Ich wurde regelmäßig zu Empfängen eingeladen, bei denen es den chinesischen Diplomaten – ebenso wie übrigens auch den sowjetischen bei ähnlichen Gelegenheiten – stets ein diebisches Vergnügen bereitete, mich mit allen anwesenden Mitarbeitern der Ständigen Vertretung der DDR bekannt zu machen und sich an deren Verlegenheit beim Umgang mit mir zu weiden. Die Chinesen wussten natürlich, dass die DDR das Gesamtdeutsche Institut schon wegen seines Namens als Feindorganisation betrachtete und jeden offiziellen Kontakt mit ihm ablehnte.

Auch in diesem Bereich der Geschichte der Teilung Deutschlands ist noch viel zu erforschen. Lutz Haarmann hat mit seinem Buch eine materialreiche Untersuchung vorgelegt, die auch von der Methode her als musterhaft für weitere Untersuchungen dienen kann. Mögen er und sein „Doktor-Vater“ Professor Tilman Mayer bald Nachfolger finden.

Berlin, den 17. Juni 2013

Detlef Kühn

Danksagung

Der vorliegende Text ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Wintersemester 2012/2013 der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn unter dem Titel „Teilung anerkannt, Einheit passé? Westdeutsche status-quo-oppositionelle Kräfte vom Grundlagenvertrag 1972 bis zur Friedlichen Revolution 1989“ vorgelegen hat.

Mein herzlichster Dank gilt meinem sehr verehrten akademischen Lehrer, Professor Dr. Tilman Mayer, der mein Interesse an den westdeutschen Dissidenten in der Deutschlandpolitik geweckt und den Entstehungsprozess der Arbeit stets aufmerksam und geduldig gefördert hat.

Sehr herzlich danken möchte ich ebenso Professor Dr. Volker Kronenberg, dem ich viele anregende Gespräche über den deutschen Patriotismus im 21. Jahrhundert verdanke und der freundlicherweise das Zweitgutachten der Arbeit übernommen hat. Dank schulde ich ferner Professor Dr. Wolfram Hilz, der den Vorsitz der Prüfungskommission übernommen hat sowie Professor Dr. Frank Decker, der als weiteres prüfungsberechtigtes Mitglied in der Kommission mitgewirkt hat.

Herbert Ammon, Ulf Fink, Dr. Edda Hanisch, Detlef Kühn, Dr. Uwe Lehmann-Brauns, Fred S. Oldenburg, Dr. Michael Richter und Rolf Stolz danke ich für vielfachen mündlichen und schriftlichen Austausch über ihr deutschlandpolitisches Wirken sowie für das Überlassen einer Vielzahl von Unterlagen aus ihren privaten Sammlungen.

Ohne den unermüdlichen Einsatz der Archivare Robert Camp vom Archiv Grünes Gedächtnis Berlin sowie von Matthias Dziomba, BStU Berlin, hätte diese Arbeit nicht entstehen können.

Für die Überbrückung mancher finanzieller Durststrecken bin ich meiner Familie und dem Vorstand der *Gesellschaft für Deutschlandforschung* sehr zu Dank verpflichtet.

Last but not least möchte ich mich bei Alexander Oster M.A. für das umsichtige Korrektorat des Textes bedanken.

Bonn, 12. Juli 2013

Lutz Haarmann

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	31
I. Problemaufriss: Die Deutsche Frage 1972–1989 oder: Teilung anerkannt, Einheit passé?	31
II. Forschungsstand	40
III. Theoretischer Rahmen und methodisches Vorgehen	52
IV. Quellen	60
V. Aufbau der Arbeit	65
B. Die Forderung nach aktiver Deutschlandpolitik als Teil der Präambel des Grundgesetzes (Untersuchungsgruppe 1)	70
I. Brücken bauen zur DDR-Opposition: Der <i>deutschlandpolitische Arbeitskreis der CDA</i>	70
1. Die Deutschlandpolitik der Union	70
2. Akteure des <i>deutschlandpolitischen Arbeitskreises</i>	75
a) Ulf Fink: „Die Mauer wird keinen Bestand vor der Geschichte haben.“	75
b) Uwe Lehmann-Brauns: Deutschlandpolitik als Kulturpolitik	77
3. „Innerdeutscher Dialog darf nicht nur Verkehr schwarzer Limousinen sein“ – Aktionen des <i>deutschlandpolitischen Arbeitskreises</i> ..	80
4. Die Beobachtung des <i>deutschlandpolitischen Arbeitskreises</i> durch das MfS	87
II. Antikommunismus und Berlin-Frage: Der <i>Kurt-Schumacher-Kreis</i> und die SPD	91
1. Die SPD und die Deutsche Frage	91
2. Die deutschlandpolitische Biographie Hermann Kreutzers	98
3. Geschichte und Aktionen des <i>Kurt-Schumacher-Kreises</i>	100
a) Von der Initiative Willy Brandts zum Forum kritischer sozialdemokratischer Deutschlandpolitik	100
b) „Störung der Entspannung“? – Hermann Kreutzers Ausschluss aus der SPD	102
c) Gegen sozialdemokratische „Nebenaußenpolitik“ – Der <i>Schumacher-Kreis</i> in den 1980er Jahren	105
4. Die Beobachtung Hermann Kreutzers und des <i>Kurt-Schumacher-Kreises</i> durch das MfS	111
III. Selbstbestimmungsrecht und Sicherheitspolitik: Der Liberale Detlef Kühn	112
1. Entwicklungslinien liberaler Deutschlandpolitik	112
2. Detlef Kühns deutschlandpolitisches Wirken	118

a)	Die deutschlandpolitische Biographie Detlef Kühns	118
b)	Das <i>Gesamtdeutsche Institut</i> als Apparat für Kühns politische Arbeit	119
c)	Detlef Kühn und die FDP	124
d)	Detlef Kühns deutschlandpolitische Initiativen	124
3.	Die Beobachtung Detlef Kühns durch das MfS	127
IV.	Opposition gegen die herrschenden Tendenzen in der DDR-Forschung: Die <i>Gesellschaft für Deutschlandforschung</i>	130
1.	Die DDR-Forschung als Konfliktfeld der Deutung deutscher Nachkriegsgeschichte	130
2.	Stationen auf dem Weg zur Gründung der <i>GfD</i>	134
a)	Vom Forschungsbeirat zu einer Gesellschaft für DDR-Forschung? – Die Neuordnungsversuche des innerdeutschen Ministeriums 1975–1977	134
b)	Widerstand gegen die Pläne des innerdeutschen Ministeriums: Überlegungen zur Gründung einer <i>Gesellschaft für Deutschlandforschung</i> 1977/78	138
c)	Die Gründung der <i>GfD</i> 1978	149
d)	Erste Erfolge: Die <i>GfD</i> 1979–1982	155
3.	Impulse für die Deutschlandforschung	158
a)	Das „Memorandum zur Intensivierung der DDR- und vergleichenden Deutschlandforschung“ 1983/84	158
b)	Das „Programm zur Intensivierung der DDR- und vergleichenden Deutschlandforschung“ 1984/85	162
4.	Die <i>GfD</i> und die Friedliche Revolution 1989	166
5.	Die <i>GfD</i> in der Krise (1990–1993)	167
6.	Persönlichkeiten	171
a)	Siegfried Mampel	171
b)	Jens Hacker	173
7.	Die Beobachtung der <i>Gesellschaft für Deutschlandforschung</i> durch das MfS	175
V.	Die „akademische Elite unter den Übersiedlern aus der DDR“: Der <i>Arbeitskreis ehemaliger DDR-Akademiker</i>	177
1.	Geschichte	177
a)	Die Gründung des <i>Arbeitskreises</i> im Mai 1987	177
b)	Gefährden ehemalige DDR-Akademiker die Entspannung? – Der Konflikt des <i>Arbeitskreises</i> mit dem Europäischen Studienwerk Vlotho im Sommer 1987	182
c)	Das Grundsatzprogramm des <i>Arbeitskreises</i> : „Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000“	184
d)	Der <i>Arbeitskreis</i> und der Honecker-Besuch in der Bundesrepublik	186
e)	Wissenschaftliche Tagungen und Resolutionen des <i>Arbeitskreises</i> 1987–1989	189

f) Der <i>Arbeitskreis</i> und die Friedliche Revolution 1989	195
g) Die deutschlandpolitische Bilanz des <i>Arbeitskreises</i> 1989/90 und seine Auflösung 1995	199
2. Akteure des <i>Arbeitskreises ehemaliger DDR-Akademiker</i>	204
a) Wolfgang Seiffert	204
b) Franz Loeser	212
c) Hermann von Berg	220
3. Die Beobachtung des <i>Arbeitskreises</i> durch das MfS	227
VI. Zwischenfazit	231
C. Die Forderung nach aktiver Deutschlandpolitik als Friedenskonzept (Untersuchungsgruppe 2)	235
I. „Vorwärts auf dem Weg zu einem einigen sozialistischen Deutsch- land!“ – Die westdeutsche <i>Kommunistische Partei Deutschlands/Mar-</i> <i>xisten-Leninisten (KPD/ML)</i> und ihre „Sektion DDR“	235
1. Die <i>KPD/ML</i> in Westdeutschland	235
a) Einführung	235
b) Die nationale Programmatik	238
2. Die „Sektion DDR“	247
3. Deutschlandpolitische Aktionen in der Bundesrepublik	250
4. Die Beobachtung der <i>KPD/ML</i> durch das MfS	252
II. Die Grünen und die Deutsche Frage	257
1. Skizzen grüner Deutschlandpolitik	257
a) Strömungen statt Konzepte	257
b) Grüne Deutschlandpolitik in der Bundestagsfraktion	261
2. Deutschlandpolitische Standortbestimmungen der Grünen (1979– 1982).	264
III. Die deutschlandpolitischen Kongresse der Grünen (1983–1984).	267
1. Die „Kölner Konferenz“ im November 1983	267
2. Der „Deutschlandpolitische Kongreß“ in Karlsruhe im März 1984	272
3. „Die Deutschen und der Frieden“ – Der Kongress in München im November 1984	276
IV. Die <i>Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik</i> der Alternativen Liste	279
1. Einführung	279
a) Die deutschlandpolitische Konfliktlage in der Alternativen Liste	279
b) Akteure der <i>AG Berlin- und Deutschlandpolitik</i>	282
2. Die deutschlandpolitischen Anfänge der Alternativen Liste 1980/81	285
a) <i>Berlin-AG</i> und <i>Initiative für Paktfreiheit, Einheit und Frieden</i> als Keimzellen grün-alternativer Deutschlandpolitik in Berlin	285
b) Die Gründung der <i>AG Berlin- und Deutschlandpolitik</i> 1980	288
3. Zunehmende Differenzen der <i>AG Berlin- und Deutschlandpolitik</i> mit der AL (1983–1985)	293
4. Konflikte mit der SED vermeiden – Die gescheiterte DDR-Reise der Alternativen Liste 1986	299

5. Der Austritt der <i>AG Berlin- und Deutschlandpolitik</i> aus der Alternativen Liste 1987	300
6. Die Alternative Liste und die Friedliche Revolution 1989	305
7. Die Beobachtung der <i>AG Berlin- und Deutschlandpolitik</i> und der Alternativen Liste durch das MfS	307
V. Der <i>Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion (LDD)</i>	310
1. Geschichte der <i>LDD</i>	310
a) Von der „Kölner Konferenz“ 1983 über den <i>Arbeitskreis Linke und deutsche Frage</i> zum <i>Materialbrief Deutsche Probleme – Probleme mit Deutschland</i> (1983/84)	310
b) Die Gründung: Der „Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative“ des <i>Initiativkreises Linke Deutschland-Diskussion</i> (1984) ..	311
c) Aktionen und Tagungen im ersten Jahr (1985)	314
d) Zeit der Übergänge: Das schwierige Jahr 1986	318
e) Die <i>LDD</i> und das grüne <i>Mainstream</i> -Papier von Probst/Schnappertz	323
f) Die <i>LDD</i> im Niedergang? – Die Jahre 1987–1989	326
g) Die <i>LDD</i> und die Friedliche Revolution 1989	328
2. Die Stellung der <i>LDD</i> innerhalb der Grünen und der westdeutschen Linken	331
a) Rolf Stolz und die Grünen	331
b) Zum Verhältnis der <i>LDD</i> zu den Grünen und der westdeutschen Linken	333
3. Die Beobachtung der <i>LDD</i> durch das MfS	336
VI. Zwischenfazit	337
D. Resümee	339
Quellen und Literatur	345
I. Ungedruckte Quellen	345
II. Mündliche und schriftliche Auskünfte	346
III. Gedruckte Quellen	347
IV. Darstellungen	359
V. Zeitungsartikel	369
Personenregister	373
Sachregister	376

Abkürzungsverzeichnis

AfaS	Archiv für alternatives Schrifttum
AG	Arbeitsgemeinschaft
AGG	Archiv Grünes Gedächtnis
AK	Arbeitskreis
AKG	Auswertung- und Kontrollgruppe
AL	Alternative Liste
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BDK	Bundesdelegiertenkonferenz
BDKD	Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands
BfgA	Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei

DM	Deutsche Mark
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
GA	Geschäftsführender Ausschuss
GfD	Gesellschaft für Deutschlandforschung
GG	Grundgesetz
GIM	Gruppe Internationaler Marxisten
GSA	German Studies Association
HA	Hauptabteilung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Informeller Mitarbeiter Beobachtung
IMF	Inoffizielle Mitarbeiter der inneren Abwehr mit Feindverbindungen zum Operationsgebiet
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter Sicherheit
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
KGB	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR
KMK	Kultusministerkonferenz
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KUD	Kuratorium Unteilbares Deutschland
LDD	Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MDP	Materialbrief Deutsche Probleme – Probleme mit Deutschland
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
PID	Politisch-Ideologische Diversion
RAF	Rote Armee Fraktion

RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RHG	Robert-Havemann-Gesellschaft
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UFJ	Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen
USA	United States of America
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee

A. Einleitung

I. Problemaufriss: Die Deutsche Frage 1972–1989 oder: Teilung anerkannt, Einheit passé?

„Gute Voraussetzungen für eine aktive Deutschlandpolitik bestehen auch deshalb, weil Interesse und Engagement für die Deutsche Frage und die Wege zu ihrer Lösung auch außerhalb der Parteien allgemein zugenommen und sich verschiedene aktive Gruppen und Zentren gebildet haben [...].“¹

Teilung anerkannt, Einheit passé? Diese Frage haben sich die hier zu untersuchenden status-quo-oppositionellen Gruppen und Persönlichkeiten in der Deutschlandpolitik während der 1970er und 1980er Jahre in der Bundesrepublik gestellt. Sie haben versucht, auf ihre Weise, das heißt im Sinne der Offenheit der Deutschen Frage², gegen den deutschlandpolitischen *Mainstream* zu argumentieren. Dabei sind sie auf erhebliche Widerstände im eigenen politischen Lager und im auf die Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgerichteten intellektuellen Diskurs der Bundesrepublik gestoßen. Denn weitverbreitet wurde die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik als „Anerkennung zweier Staaten in Deutschland“³ gefeiert.⁴

¹ Wolfgang Seiffert, *Das ganze Deutschland. Perspektiven der Wiedervereinigung*, München 1986, S. 203–204.

² Der Begriff Deutsche Frage wird hierbei als historischer Begriff verstanden und groß geschrieben.

³ Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011, S. 172.

⁴ Dabei wurde von Egon Bahr, Staatssekretär im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt, bei den Vertragskonstruktionen strikt darauf geachtet, den deutschen Anspruch auf Selbstbestimmung zu wahren. Vgl. Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen. Um ein Nachw. erw., durchges. Taschenbuchausg. (auf Grund der 3. Aufl.)*, Frankfurt a.M./Berlin 1994, S. 244. Hacker weist in diesem Zusammenhang allerdings auf die historische Leistung der CDU/CSU-Opposition hin, die mit ihrer berechtigten Kritik an den Verhandlungen erheblich mit dazu beigetragen habe, dass die Bundesregierung die Rechtsstandpunkte in den Verhandlungen mit den östlichen Verhandlungspartnern nachdrücklich vertrat. Vgl. ebd., S. 145–147. In den 1980er Jahren kam es dann bei Bahr zu einem „deutschlandpolitischen Positionswechsel“ (Jens Hacker), der ihn als Verfechter des deutschlandpolitischen Status quo auswies. Vgl. Hacker, *Deutsche Irrtümer*, S. 245.

Allerdings begann sich das zuvor kritische westdeutsche DDR-Bild durch tatkräftige Mithilfe westdeutscher linksliberaler Medien in den 1960er Jahren zu wandeln:

„Der Paradigmenwechsel setzte [...] in den sechziger Jahren ein, als zunächst einzelne Medien einen neuen Tonfall anschlügen, dann andere ihnen folgten und schließlich auch die Politiker dem Umschwung der öffentlichen Meinung Rechnung trugen.“⁵

Der Historiker Hubertus Knabe macht dabei für das neue DDR-Bild in erster Linie den westdeutschen Medienbetrieb verantwortlich, der dieses „herbeigeschrieben und -gesendet“⁶ habe. Es sei zu einer Weichzeichnung der DDR, die gar zu einer „Wahrnehmungsblockade“⁷ (Hubertus Knabe) in der Bundesrepublik führte, gekommen. Seit Willy Brandt stand dann der bundesrepublikanische Geist der Zeit links⁸, die politische Option der Wiedervereinigung unterlag hier praktisch einem „De-facto-Verzicht“ (Volker Kronenberg).⁹

Wer gehörte zu den einflussreichen DDR-Bild-Veränderern in der westdeutschen Publizistik? Ein Jahr vor dem Mauerbau fragte der Philosoph Karl Jaspers in seiner 1960 erschienenen Schrift „Freiheit und Wiedervereinigung“ suggestiv: „[I]st die nationalstaatliche Einheit Deutschlands noch ein höchster politischer Wert, ja überhaupt noch ein wesentlicher Wert?“¹⁰ Das Streben der westdeutschen Politik nach Wiedervereinigung wurde von Jaspers kritisch als ein Sammelsurium von „Reden, Zusammenkünfte[n], Feierlichkeiten, Massenzustimmungen, Beifallslärm und Händeschütteln“¹¹ – ohne politische Konsequenzen – gedeutet. Die „Idee des Weltfriedens“¹² stand für Jaspers ganz oben auf der politischen Agenda, ein Topos, der auch in den 1970er und 1980er Jahren weiter verbreitet werden sollte.

Einer der wichtigsten Vordenker der sozialliberalen Deutschlandpolitik, der Journalist Peter Bender, konstatierte 1964 in seiner Schrift „Offensive Entspannung“: „Eine Wiedervereinigung Deutschlands erscheint auf abseh-

⁵ Hubertus Knabe, *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin/München 2001, S. 19.

⁶ Ebd., S. 20.

⁷ Knabe, *Der diskrete Charme der DDR*, S. 15.

⁸ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung*, Bonn 2004, S. IX.

⁹ Volker Kronenberg, *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine welt-offene Nation*, 2. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 218.

¹⁰ Karl Jaspers, *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik. Mit einem Vorwort von Willy Brandt*, Neuausgabe, München 1990, S. 12.

¹¹ Ebd., S. 13.

¹² Ebd.

bare Zeit ausgeschlossen.“¹³ Stattdessen lautete das Credo Benders, drei Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer, zur deutschlandpolitischen Situation:

„Die Alternative zum kalten [sic!] Krieg heißt offensive Entspannung. Sie gipfelt in dem Bemühen, Ost und West auf möglichst vielen Gebieten möglichst eng und fest miteinander zu verbinden; und sie wird gestützt auf die Hoffnung, daß vom Sachlichen eine mildernde und zivilisierende Wirkung auf die Politik ausgeht.“¹⁴

Gestützt auf Erfahrungen aus Polen und Ungarn empfahl Bender der westdeutschen Politik, mit folgenden – stabilisierend wirkenden – Prämissen die Liberalisierung des östlichen deutschen Teilstaates anzugehen:

„[D]ie Führung [der DDR] darf nicht mehr fürchten und das Volk darf nicht mehr hoffen, daß sich an der Tatsache der kommunistischen Herrschaft etwas ändert. Praktisch bedeutet das: außenpolitisch muß das Land bei Moskau und auf Moskauer Kurs bleiben; innenpolitisch muß die Partei die Schlüsselpositionen und bei allen wichtigen Entscheidungen das letzte Wort behalten.“¹⁵

Damit nicht genug an klugen Ratschlägen. Wer musste in Benders Konzept auf wen zugehen? Selbstverständlich die Bundesrepublik auf die DDR:

„Die Voraussetzungen, die für eine Liberalisierung in der DDR fehlen, können daher nur geschaffen werden, wenn der westliche Teil des geteilten Landes dabei mithilft. [...] Der Schlüssel für eine relative Freiheit im östlichen Deutschland liegt, wenn es ihn gibt, in Bonn.“¹⁶

Im Jahre 1968 hatte Bender sich dann endgültig für die deutschlandpolitische Maßgabe der Anerkennung der DDR entschieden. Jetzt holte er hierfür seine „Zehn Gründe“¹⁷ hervor. Seine Hoffnungslosigkeit hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR mündete in dem Ratschlag – man ist eher geneigt zu sagen, in der politischen Kapitulation – sich „das Unvermeidliche [...] nicht abnötigen zu lassen, sondern es rechtzeitig in die eigene Politik aufzunehmen.“¹⁸ Noch 1986 rechtfertigte Bender in seiner wissenschaftlichen Abhandlung der „neuen“ Ostpolitik Brandts die Grundannahme der sozialliberalen Deutschlandpolitik: „[...] Brandts neue Ostpolitik setzte voraus, daß die Westdeutschen sich mit der Teilung abfanden. Ihre Umwelt – in West wie Ost – hatte es längst getan und empfahl Bonn, sich auf das Unabänderliche einzustellen, um das Beste

¹³ Peter Bender, *Offensive Entspannung. Möglichkeit für Deutschland*, 4. Aufl., Köln/Berlin 1965, S. 9.

¹⁴ Ebd., S. 37.

¹⁵ Ebd., S. 65.

¹⁶ Ebd., S. 107–108.

¹⁷ Peter Bender, *Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR*, Frankfurt a.M. 1968.

¹⁸ Ebd., S. 23.